

Niederschrift

zur 64. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 27.03.2019 Folgesitzung Montag, den 01.04.2019	18.30-23.16 Uhr 18.30-18.40 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Monika Fiedler ,
Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Uwe Koch, Karin Lehmann entschuldigt dafür Jürgen Teichmann, Wolfgang Petenati,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban Vertretung für Herrn Jens Finka zur Fortsetzungssitzung, Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Verwaltung

Franka Koch , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,

Gäste

Thomas Weber ,

Gäste

15 EinwohnerInnen

Abwesend

SPD-Fraktion

Jens Finka entschuldigt,

CDU-Fraktion, Karin Lehmann entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die 64. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden recht herzlich, insbesondere die Herren Huber und Mettke von der Polizei sowie alle Gäste.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 12 und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet aus dringendem Grund, die DS-Nr. 6/873 zum Pachtvertrag mit der BSG Pneumant auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung zu setzen.

Die BFZ-Fraktion beantragt, diese Angelegenheit in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Herr Fischer begründet den Antrag damit, dass durch eine Facebook-Meldung und eine Veröffentlichung auf der Vereinsinternetseite der BSG Pneumant wesentliche Informationen bereits die Öffentlichkeit erreicht hätten. Herr Koch unterstützt diesen Antrag und bittet, die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung um einen Tagesordnungspunkt zu ergänzen, in dem es um die Aufklärung über einen anonymen Brief geht.

Die Vorsitzende bringt die Änderungs-/Ergänzungsanträge zur Abstimmung.

1. BSG Pneumant an TOP 7.11 der öffentlichen Sitzung

Zustimmung: 13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

2. Anonymer Brief als TOP 14 der nichtöffentlichen Sitzung

Zustimmung: 12 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Weitere Änderungswünsche bestehen nicht.

Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschriften

TOP 4.1 Niederschrift vom 20.02.2019

Zur Niederschrift gibt es keine Einreden.

TOP 4.2 Niederschrift vom 07.03.2019

Es gibt zur Niederschrift keine Einreden.

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende hat keine Informationen für die heutige Sitzung.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Frau Silvana Kropp Anwohnerin der Krausestraße (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) richtet sich an die Stadtverordneten wegen des Bauvorhabens Herstellung der Krausestraße. Den Anwohner wurde das Projekt am 3.5.17 vorgestellt, man war seinerzeit einverstanden und die Kostenschätzung lag bei 365.030 €. Inzwischen hatten sich Ergänzungen ergeben und die

Kosten sollten bei 435.000 € liegen. Nunmehr spricht die Drucksache von geschätzten 475 T€ und einer Gesamtsumme in Höhe von 715.400 € sie appelliert, diese Maßnahme so nicht zu beschließen, da die Kosten durch die Anwohner nicht zu stemmen seien. Sie weist noch darauf hin, dass die „Neuanwohner“ 10 €/m² Erschließungskosten zu zahlen hätten.

Christina Schulz, Krausestraße 5 (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) appelliert ebenfalls zum gleichen Sachverhalt.

Das Einverständnis vorausgesetzt, wird zum Tagesordnungspunkt 7.10 DS6/886 – Herstellung der Krausestraße ausführlich über die Problematik debattiert.

TOP 7 **Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

TOP 7.1 **Bericht zur Kriminalitätsstatistik**

Herr Huber, Leiter der Polizeiinspektion Oder-Spree/Frankfurt (Oder) und verantwortlich für den kompletten Landkreis und die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder), und Herr Mettke, zuständiger Revierleiter für den gesamten Bereich, sind in der Sitzung zu Gast, um über die Kriminalitätsentwicklung zu sprechen. Herr Huber betont, über das der Polizei bekannte „Hell“Feld zu sprechen und nicht über die Dunkelziffern, die es in einigen Bereichen wie z.B. Enkeltrick, Drogen und Betäubungsmittelkriminalität gibt.

Anhand einer Powerpointpräsentation (sh. Dokumentenanhang zum TOP) geht er auf die Kriminalität insgesamt und die Aufklärungsquote ein. Er berichtet über Diebstahl, Kfz-Diebstahl, Wohnungseinbrüche, Ladendieb- und Fahrraddiebstähle, Körperverletzungsdelikte sowie Verstöße gegen das Ausländer- und Asylgesetz.

Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Anwesenden. Die Mitglieder des Hauptausschusses bedanken sich für diese ausführlichen Auskünfte, bevor sich die beiden Herren verabschieden.

TOP 7.2 **Prioritätenlisten für den Haushaltsmittelbedarf der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2019 bis 2022**

Der Bürgermeister macht in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, dass noch keine Fragen aus Fraktionen zu den Prioritätenlisten in der Verwaltung eingegangen sind. Es sei, so Herr Rudolph, wichtig, mit der Priorisierung voranzukommen, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen und ein Arbeitsinstrument für die Zukunft und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu haben. Sie sei nicht starr, sondern könne jederzeit an die finanzielle Situation/Fördermöglichkeiten angepasst und mit Leben erfüllt werden.

In der anschließenden Diskussion wird erneut kontrovers über die weitere Verfahrensweise diskutiert.

Herr Fischer geht auf die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ein und berichtet, dass man einen guten Auftakt gefunden und festgestellt hätte, dass man mit seinen Auffassungen zu den Prioritätenlisten, insbesondere der investiven Liste, gar nicht weit auseinander liegen würde (begonnene Projekte absichern, Förderprojekte vor mögliche Planungsprojekte, wo die Kosten aus dem Ruder laufen, Eigenanteile für das Pneumant-Forum, Eigenanteile für Sanierung des SCHWAPP, Eigenanteil des möglicherweise in die Förderung kommende Rudersportzentrum, Hort- und Kita-Plätze). Das BFZ wird zur SVV eine TOP 20-Liste vorstellen.

Für den Verwaltungshaushalt werden z.B. Maßnahmen wie IT-Bereich, Verwaltungsmodernisierung, Ausstattung der Grundschulen mit Technik, um das Glasfasernetz nutzen zu können als sehr hoch bewertet, und auch dafür wird eine Liste aufgestellt. Herr Fischer betont, dass sich die BFZ-Fraktion zuerst auf die originären Aufgaben der Verwaltung und erst dann auf mögliche freiwillige Aufgaben konzentrieren wolle.

Herr Sachse schätzt die Minderausgaben durch die Senkung der Kreisumlage auf rd. 1 Mio€ und hofft, dass damit einige zusätzliche Maßnahmen realisiert und der Rückstau abgearbeitet werden können.

Ihm ist aber unklar, wie die Prioritätenliste für die Investitionen bearbeitet werden soll, da gar keine Mittel zur Verfügung stehen. Es handelt sich um eine reine Zukunftsplanung, falls irgendwann mal Geld da ist.

Herr Rausch bedankt sich für die Erarbeitung der Liste, die zeigt, was alles ansteht. Er sieht sich aber Außerstande eine Wertung vorzunehmen, weil nicht absehbar ist, welche Mittel in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden. Er findet die Liste insofern gut, als dass sie als Diskussionsgrundlage für alle Haushaltsplanungen dienen und darauf zurückgegriffen werden kann. Er erwartet aber, genau wie Frau Wagner anmahnt, die Priorisierung in der Verwaltung vorzunehmen und dann als Diskussionsgrundlage vorzulegen. Etwas anderes funktioniert nach seiner Auffassung und bei diesem Umfang nicht.

Abschließend wird verabredet, dass alle Fraktionen (die CDU entschuldigt sich) an der am 28.3.19 um 19.00 Uhr stattfindenden Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vertreten sein werden.

TOP 7.3 Jagdnutzungsvorschrift Stadtforst Fürstenwalde/Spree

6/DS/868

Der Stadtfordirektor, Herr Weber, legt den Sachverhalt dar und geht darauf ein, dass es sich bei der Jagdnutzungsvorschrift um keine Satzung handelt. Er erläutert, welche Änderungen bzw. Ergänzungen seit der letzten Sitzung vorgenommen wurden. Des Weiteren bittet er, im textlichen Teil im Pkt. 3.1.10 ... das Wildbret geht in das Eigentum (nicht Besitz) der Stadt Fürstenwalde/Spree über... Pkt. 6.3 ersatzlos streichen und dafür im Pkt. 6.5 ... 6 Sammelansitze von 100 auf 150 € erhöhen zu ändern.

Auf die anschließenden Nachfragen gibt er Antworten (die Vorschrift richtet sich an interessierte Jäger, die im Freizeitbereich jagen möchten; das Interesse hält sich die Waage, viele die seit Jahrzehnten jagen und andere die auf Anreize in der heutigen Konkurrenz reagieren; mit den Anreizsystemen/Kundenbindungen werden die Jagderlaubnisse für ein Jahr ausgestellt, um auf waldbauliche oder persönliche Gründe schneller reagieren zu können; Jagdhundeführer sind rar und genießen ebenfalls aufgrund einer großen Konkurrenz, einige Vorteile; die MitarbeiterInnen sind ausgebildet als Standaufsicht).

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Jagdnutzungsvorschrift mit ihren Anlagen.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. Fürstenwalde - sicherer Hafen

6/AN/877

Herr Sachse gibt kurze Erläuterungen zum Antrag und bittet, die symbolische Bereitschaft, Menschliches zu tun und ein Signal zu setzen, zu unterstützen.

Herr Wichary gibt aus der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses den Hinweis, dass die Umsetzung des Antrages mit keinen zusätzlichen Kosten für Realisierung, für die Verwaltung oder die Öffentlichkeitsarbeit verbunden sein soll.

Seitens der BFZ-Fraktion wird angesprochen, dass sich der Appell tiefgreifend in Richtung Bundesregierung richtet, gegen die Schleusermafia und Herr Dippe findet, dass man bei aller Bereitschaft auch mit der Fluchtursachenbekämpfung in den Herkunftsländern beschäftigen muss. Da sind alle und vor allem die EU gefragt. Wenn, so Herr Dippe weiter, dieser Antrag ehrlich gemeint ist, müsse man sich Gedanken machen, was es für den sicheren Hafen alles braucht – Wohnraum, Kita-Plätze

etc. Er wird dem Antrag wie gestellt, deshalb so nicht zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Fürstenwalde und ihre Stadtverordnetenversammlung unterstützen wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“.

Auch Fürstenwalde ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich Fürstenwalde offiziell zum „sicheren Hafen für Geflüchtete“. Damit bekräftigt die Stadt und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur.

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und gerecht und menschenwürdig in Europa verteilt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde bittet den Landkreis Oder-Spree, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Geflüchteten in Fürstenwalde legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, durch Veröffentlichung aller diesbezüglichen Aktivitäten Fürstenwalde als „sicheren Hafen“ bekanntzumachen.

Zustimmung Ja 4 Nein 3 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 7.5 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und 6/AN/880 Standortmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft mbH

Herr Fischer unterbreitet in seinen Ausführungen den Vorschlag, alle Kompetenzen, die der Verwaltung und der OWF zusammenzuführen, um die Wirtschaftsförderung noch mehr zu professionalisieren, stärker in den Fokus des westdeutschen Raumes und von Messen zu rücken und für den Standort Fürstenwalde/Spree zu werben. Ein möglicher Investor sollte so wenige Anlaufstellen wie möglich vorfinden. Er gibt noch einige konkrete Ideen zur Umsetzung und meint, mit diesem Vorschlag wolle man die Diskussion anstoßen und mit den anderen Anteilseignern ins Gespräch zu kommen, zumal diese zuerst an die Stadt herangetreten waren.

In der anschließenden Diskussion gibt es einerseits Vorbehalte, insbesondere was die Terminstellung zum Jahresende oder das Personal betrifft. Andererseits hat die Idee, alle Aufgabenbereiche wie die Organisation eines Stadtfest oder Weihnachtsmarktes, das Stadtmarketing, die Wirtschaftsförderung etc. in einer städtischen Gesellschaft zusammenzuführen, einen gewissen Charme. Herr Koch widerspricht vehement, dass bis zum Jahresende eine Entscheidung herbeigeführt werden muss. Herr Sachse gibt zu bedenken, dass es um die finanziellen Mittel der Stadt nicht zum Besten steht und keine Unternehmensanteile erworben werden können. Man könne, so Herr Sachse, auch die Möglichkeiten der bestehenden GIP GmbH nutzen. Das sollte alles unvoreingenommen geprüft und verwaltungsintern vorbereitet werden. Er beantragt, den Punkt 1 zu streichen und den Bürgermeister zu beauftragen, alles nach wirtschaftlichen Aspekten zu prüfen. Erst wenn alles vorliegt, kann der Bürgermeister beauftragt werden, Schritt 1 zu gehen.

Herr Zänker bittet um Sachinformationen, wie sinnvoll es ist und welches städtische Interesse besteht, Aufgaben auszugliedern und welche Aufgaben in einer Gesellschaft besser ausgeführt werden können. Herr Rudolph sagt eine schriftliche Ausarbeitung zu. Er berichtet, dass die Förderung für das Innenstadtmanagement ausläuft, und man sich auch darüber unterhalten solle, wie die weitere Verfahrensweise sein kann. Man müsse generell über die Fortführung geförderter Projekte (auch @see) diskutieren und die Finanzierung/Kosten entstehen ohnehin.

Herr Dippe betont, dass der Antrag eine Diskussionsgrundlage darstellt und nunmehr appelliert er an den Bürgermeister, eine Position dazu zu erarbeiten. Das war zumindest Konsens im Haushaltsüberwachungsausschuss. Insofern erübrigt sich der Antrag von Herrn Sachse. Er berichtet über kontroverse fraktionsinterne Diskussionen, ob auch die GIP oder andere Konstellationen sinnvoll erscheinen. Bei der OWF ist schon Know-how gebündelt, das man nutzen und ausbauen könne. Ansonsten, so signalisiert er weiter, sei man durchaus offen auch für andere Vorschläge und würde sich über eine weitere konstruktive Diskussion freuen. Die Fraktion erwartet in der SVV noch keine Abstimmung, wäre auch bereit, den Antrag aus der Debatte heraus nach zu justieren.

Auf die Anmerkung von Herrn Teichmann wie viele Anteile die Stadt Fürstenwalde an der OWF hält (Stadt 10,03 % LOS 54,82 % Sparkasse 22,49 %, OWF selbst 12,66 %) vertritt er die Auffassung, dass zuerst entschieden werden müsse, ob man die Gesellschaft mit Aussagen der anderen Anteilseigner in volle Regie übernehmen will. Herr Rausch erinnert an die durchaus bereits getätigten Aussagen der Anteilseigner und deren Frage, ob die Gesellschaft von Fürstenwalde übernommen werden wolle.

Die Vorsitzende bittet, mit der Debatte zum Ende zu kommen und in den Fraktionen weiter zu beraten und sich ein Meinungsbild zu erarbeiten.

TOP 7.6 Antrag der BFZ-Fraktion: Für mehr Sicherheit und Ordnung am Bahnhof 6/AN/881 und im Bahnhofsumfeld - Qualifizierung von Menschen in Arbeitslosigkeit zur Bahnhofs- und Umweltstreife

Herr Dippe geht auf das Ziel des Antrages ein, den Bahnhof sauberer und sicherer zu machen, Präsenz zu zeigen, das Bahnhofsgebiet zu „bestreifen“ und langzeitarbeitslose Menschen wenn möglich in Arbeit zu bringen. Das Teilhabechancengesetz bietet dafür gute Möglichkeiten. Herr Rausch findet die Intension gut, würde den Antrag unterstützen, jedoch nicht nur auf das Bahnhofsumfeld beschränken. Er sieht den Ansatz im Ordnungsamt bzw. im Kommunalservice und das Förderprogramm auf jeden Fall zu nutzen und bittet, sich damit intensiv auseinander zu setzen. Herr Teichmann berichtet, dass das Ansinnen nicht in Frage steht. Allerdings gibt es sowohl Chancen als auch Risiken, die vom Ersten Beigeordneten in der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses ausführlich thematisiert worden sind. Dort ist der Antrag dann knapp mit 4 Ja- und 5 Nein-Stimmen abgelehnt worden.

Herr Fischer wirbt dafür, einigen geeigneten Menschen die Chance zu bieten, sich zu beweisen. Die Ausstattung der Kompetenzen muss diskutiert werden, wenn sie entsprechende Ausbildungsangebote erhalten haben.

Frau Wagner meint, die Stadt brauche eine Umwelt- und Ordnungstreife gut. Sie hält sie wie im Antrag formuliert, aber nicht für umsetzbar. Sie gibt zu bedenken, dass sich Langzeitarbeitslose erst an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen und über kleinere Förderprogramme an die veränderte Situation herangeführt werden müssten.

Der Erste Beigeordnete gibt den Stadtverordneten Informationen, dass keine unrealistische Erwartungshaltung geweckt wird. Er beginnt mit dem § 16, SGB II. Die Förderung erfolgt zu 100 %, wird dann abgeschmolzen, Grundlage ist das Mindestlohngesetz. Wenn es einen Abstand gibt, kann es durchaus sein, dass die Stadt die Kosten selbst tragen muss (Messbetrag der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Sozialversicherungsbeitrag oder nicht der volle). Dazu gibt es aber eine zweite Regelung, wonach eine Verpflichtung zur Zahlung eines höheren Zuschusses besteht, wenn entspr. Verpflichtungen aufgrund eines Tarifvertrages bestehen. Diese besteht nur, wenn eine Einordnung nach Tarifvertrag erfolgt. Der Personalservice prüft gegenwärtig, inwieweit eine entsprechende Einordnung abhängig von der Aufgabenstellung stattfindet.

Weiterhin gibt er den Hinweis, dass die anspruchsberechtigten Personen 25 Jahre alt sein müssen, sie müssen in den letzten 7 Jahren 6 Jahre Leistungen nach dem SGB II bezogen haben und es fällt die Gruppe der Aufstocker heraus. Es handelt sich somit um Personen, die in den letzten 6 Jahren in keinem Arbeitsverhältnis standen.

Es gibt eine interessante Ausnahmeregelung, nämlich für die Personen, die in ihrem Haushalt ein minderjähriges Kind haben. Weiterhin nennt er noch die Voraussetzung, dass es eine ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung durch die Agentur für Arbeit geben soll oder durch einen beauftragten Dritten und dafür müsste die Verwaltung immer freistellen und zwar unter Fortsetzung des Arbeitsentgelts. Eine weitere Hürde ist der organisatorische Bereich hinsichtlich z.B. einer möglichen Abberufung wenn eine andere zumutbare Arbeit vorliegt. Die Arbeitsagentur soll das dann machen.

Herr Wichary berichtet weiterhin, dass es auf diesem Gebiet bereits Erfahrungswerte gibt in der Verwaltung. Im Bereich der öffentlichen Ordnung gibt es jedes Jahr eine geförderte Maßnahme aus dem 2. Arbeitsmarkt, in diesem Jahr sind z.B. 4 Teilnehmer seit 5.3.2019 und gefördert bis zum Jahresende als Umweltstreife unterwegs. Als Betreuung konnte eine Person mit einer 10 h-Stelle gewonnen werden. Es werden illegale Müllablagerungen dokumentiert, sortiert und entsorgt. Weiterführende Aufgaben werden nicht wahrgenommen. 2002/2003 hatte die Stadt mit einem externen Träger eine ähnliche Maßnahme durchgeführt, 20 Personen wurden/sollten an die Arbeit herangeführt werden, zum Schluss war nur noch einer übrig. Es ist eine große Hemmschwelle und es ist wichtig, welche Anforderungen an die Menschen gestellt werden.

Abschließend weist er darauf hin, dass wenn der Antrag beschlossen wird, auch seitens des Ordnungsamtes ein erhöhter Bedarf besteht und personelle Ressourcen gebunden und sich im Stellenplan niederschlagen würden.

Herr Dippe erläutert noch kurz, welche, nicht ganz so anspruchsvollen, Aufgaben durch die Menschen erledigt werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde wird beauftragt, alle erforderlichen Voraussetzungen für die Beschäftigung von zusätzlichen Mitarbeitern des im Sachverhalt beschriebenen Personenkreises zu schaffen und in Zusammenarbeit mit der Regionalstelle Fürstenwalde des kommunalen Jobcenters Oder-Spree die Einstellung geeigneter Kandidaten in angemessener Anzahl für eine „Bahnhofs – und Umweltstreife“ nach §16i SGB II zu prüfen und diese zeitnah umzusetzen. Eine angemessene Einarbeitung und ggf. Qualifizierung der neuen Mitarbeiter ist dabei sicherzustellen.

Zustimmung Ja 6 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.7 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 6/731 "Gut für Fürstenwalde - Essenbeiträge in kommunalen Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten abschaffen"

Herr Sachse geht mit seinen Ausführungen auf das gerade verabschiedete Gesetz (starke Familiengesetz) ein und meint, vieles müsse in diesem Zusammenhang noch geklärt werden. Deshalb wolle die Fraktion ihren Antrag zurückstellen.

Zurückstellung

TOP 7.8 Freigabe von Haushaltsmitteln für die Programmgestaltung des Stadtfestes 2020 6/DS/887

Es besteht kein weiterer Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die verbindliche Übernahme der Kosten für die Programmgestaltung des Stadtfestes 2020 in Höhe von 80.000 € und fordert die Verwaltung auf, die Kosten in den Haushalt 2020 einzustellen.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 7.9 Bebauungsplan Nr. 113 "Wohnbebauung Uferstraße - Alte Wollfabrik" 6/DS/859
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Herrn Tschepe berichtet aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, in der die Beratungsdrucksache lebhaft diskutiert wurde. Im Ergebnis sollten durch die Verwaltung Vorzugsvarianten vorgelegt werden und die DS wurde zurück verwiesen.

Die Vorsitzende schlägt vor, da der Fachausschuss nicht getagt hat, die DS ebenfalls an die Verwaltung zurückzuweisen.

Der BM spricht dagegen. Er bittet, sich darauf zu verständigen, Rahmenkriterien für die Vermarktung und Bebauung festzulegen (Wohnquartier 30.000 m²; Einfamilienhäuser, Abstandsflächen, Tiefgaragen, Ufernähe etc.) und sich mit allen Möglichkeiten zur Aufstellung eines BPlanes zu befassen und eine städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen.

Frau Wagner informiert, dass Anwohner aus dem Umfeld an die SPD-Fraktion herangetreten sind, um anzumerken, was nicht umsetzbar ist (z.B. Radweg an der Spree, weil sich Uferbereich in Privateigentum befindet). Sie geht noch auf die Zusammenstellung der frühzeitig geäußerten Stellungnahmen ein und bringt ein Bsp. an, wonach Rad- und Gehweganbindungen überdacht werden müssen. Die Leute fühlen sich nicht ernstgenommen.

Herr Koch moniert, dass die Fachleute in der Verwaltung arbeiten und nicht in der Mitte der Stadtverordneten zu finden sind. Er bittet um kurzfristige fachkundige Vor- und Aufbereitung der Drucksache, um in dieser Angelegenheit voran zu kommen.

Die Vorsitzende bittet um ein Votum, ob sich die Hauptausschussmitglieder der Auffassung des Stadtentwicklungsausschusses anschließen, die Drucksache zurück in die Verwaltung verweisen und sich vor Ort nochmals kundig machen.

Zustimmung: 8 Ja 1 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen

Damit folgt man der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses.

TOP 7.10 Überplanmäßige Aufwendungen für das Bauvorhaben Herstellung Krausestraße 6/DS/886

Der Bürgermeister erinnert auch angesichts der Einwohneranfragen an die Historie. Bereits in einer Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 13.9.2016 wurde diskutiert über das Bebauungsplangebiet Wohnen auf der Ketschendorfer Feldmark I und über Modalitäten zur Vermarktung der Grundstücke bzw. zur Erschließung der Krausestraße. Seinerzeit wurden die Erschließungsbeiträge bereits mit dem Kaufpreis abgelöst, die Anwohner der nördlichen Seite wurden dabei gar nicht gefragt. Er verdeutlicht, dass es aufgrund der Ablösevereinbarungen nunmehr die Verpflichtung gibt, die Straße bis zum Jahresende auszubauen.

Es gab eine Vorermittlung der Erschließungsbeiträge für die Krausestraße vom 13.4.2017, darin wurde für den Abschnitt 1 ermittelt: 10,37 €, Abschnitt 2 8,69 € und Abschnitt 3 10,16 €. Nach dem jetzt vorgelegten Ausschreibungsergebnis und der dann umzulegenden Verteilung wäre man bei 13,20 €, 10,96 € und 13,92 €, das ist eine Preissteigerung von rd. 30 %.

In der anschließenden Diskussion werden die Probleme der Kostensteigerung für die Anwohner der nördlichen Seite thematisiert und nach Lösungsansätzen gesucht. Herr Koch beantragt und begründet eine ausführliche Diskussion und Meinungsbildung in den Fraktionen bis zur SVV.

Zustimmung: 12 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Der Tagesordnungspunkt wird verlassen.

Herr Fischer bittet, die Frage nach einer „abgespeckten“ Variante für die/den Gehweg/e in der SVV zu beantworten.

TOP 7.11 BSG Pneumant

Der Erste Beigeordnete begründet die Dringlichkeit einer erneuten Behandlung dieser Angelegenheit. Am 8.3. 2019 ist die erste Rechnung mit förderfähigen Kosten für den Neubau Sozialtrakt eingegangen und die Befassung in der SVV am 7.3.2019 muss, da sie ergebnislos war, weitergeführt werden.

Da nunmehr erstmals Fördermittel abgerufen werden könnten, wäre dafür der 25jährige Pachtvertrag notwendig. Er geht noch auf eine Presseveröffentlichung am heutigen Tage durch die BSG-Pneumant ein und meint, sie enthält unwahre Angaben, die er hiermit klarstellen möchte.

Er fasst die bekannte Historie noch einmal ausführlich zusammen und geht auf die Pachtverhältnisse (seit 1997 der Sporthalle und seit 2011 des Sportplatzes) mit der BSG Pneumant ein. Nach seinem Amtsantritt am 17.10.2018 wurde der BSG Pneumant ein von ihm erster Vertragsentwurf vorgelegt und es fanden erste Gespräche statt, die bis zum heutigen Tage nachverhandelt, diskutiert und doch nicht zu einem beiderseitig einvernehmlichen Übergangspachtvertrag geführt haben. Er erläutert die Ergänzungen/Änderungen des Übergangspachtvertrages insbesondere mit dem § 3 (dass zusätzlich zu den bisher vorliegenden Werbeflächen –westliche Seite mit Werbebanden versehen, östliche Seite bislang noch nichts aufgebaut, will Pneumant jedoch langfristig vermarkten– Borussia nutzt den Platz zu 60 %, Pneumant zu 40 % beide Vereine finden untereinander keine einvernehmliche Regelung; bis zur Neuordnung der Pachtverhältnisse die östliche Seite werbeanlagenfrei bleibt). In den Gesprächen hat Pneumant versichert, dass das dieses Jahr auch nicht ansteht und trotzdem nicht unterschrieben.

Er geht auch auf die bis zum heutigen Tage geführten intensiven Verhandlungen und den Schriftverkehr und eine außerordentliche Mitgliederversammlung von Pneumant ein, in der die Vorsitzende beauftragt wurde, den Übergangspachtvertrag nicht zu unterschreiben.

Er bittet die Stadtverordneten um ein Votum, in welcher Richtung die Verwaltung (mit oder ohne § 3) nun weiterhin verhandeln soll. Er zeigt auch die Möglichkeit auf, den § 3 zu befristen. Außerdem weist er auf eine Prüfung des RPA hin, wonach die Investitionen im Bereich (Gebäude) nicht bei der Stadt zu bilanzieren sind, sondern bei der BSG Pneumant (wirtschaftliches Eigentum bei der BSG, Abschreibung innerhalb der 25 Jahre, wenn ein Pachtvertrag vorliegt) und deshalb kann der von der Stadt gewährte Zuschuss auch nur Aufwand und nicht als Investition erfasst werden. Diese Informationen hat die BSG seit Oktober 2018 mit der Bitte, das von ihrem Steuerberater prüfen zu lassen. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Herr Wichary merkt an, dass er aus Sicht der Stadt dafür zu sorgen hätte, dass Risiken ausgeschlossen werden. Außerdem streiten sich zwei Vereine und er müsse nun „Schiedsrichter“ sein. Dabei sollen die Vereine nicht reglementiert werden, aber ausgewogene Informationen und die Bemühungen im Sinne der Stadt machen es nun erforderlich, dass sich die SVV mit diesem Sachverhalt beschäftigen, denn ein 25jähriger Pachtvertrag ist kein Geschäft der laufenden Verwaltung. Abschließend bringt er seine Verärgerung über den Inhalt der Presseveröffentlichung zum Ausdruck, da zumindest von seiner Seite die bisherigen Gespräche mit der BSG Pneumant als durchaus vertrauensvoll bezeichnet werden.

In der anschließenden ausführlichen Debatte wird über die Zuschüsse der Stadt gesprochen, eine mögliche Befristung des § 3 und um das Für und Wider anderer Lösungsvorschläge und deren Risiken diskutiert. Einige Anregungen und Antworten können dann nur in der nichtöffentlichen Sitzung aufgegriffen werden.

Die Vorsitzende fasst die Vorschläge noch einmal zusammen und schlägt in Abstimmung mit der Verwaltung vor, den TOP in der nichtöffentlichen Sitzung nochmals aufzurufen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert über den Stand Kassenkredit. Am 22.3.2019 wurde der Kassenkredit zu einem %satz von minus 0,34 % in Höhe von 10 Mio€ für einen Monat verlängert. Er setzt sich zusammen: ein Minus auf dem Konto der Stadt von 453.913,28 €; auf zwei Konten ein Guthaben von 406.000 € und 500.000 € und der CHF-Kredit mit einem Gegenwert von 5.612.606,00 €. Der

Stand der Sonderposten (bereits gezahlte Fördermittel, die noch nicht ausgegeben sind) in Höhe von 6,7 Mio€ und Ermächtigungsüberträge aus vergangenen Jahren von 7,2 Mio€. Alles zusammen erhöht den Kassenkredit auf knapp minus 24 Mio€. Der Break-even des CHF-Kredites hat sich nicht verändert, Wechselkurs mit heutigem Tage 1,1210 €.

Weiterhin informiert der Bürgermeister zur Erstellung des Jahresabschlusses 2016. Im Rahmen weiterer Prüfungen sind Problemlagen aufgetaucht (bis 31.12.2016 einigen MitarbeiterInnen zu viel Gehalt ausgezahlt in Höhe von 47.257,96 €). Der Sachverhalt wird weitergehend geprüft und verzögert die Erstellung des neuen Jahresabschlusses.

Herr Tschepe berichtet, dass die Bindefrist für die Vergaben in der nichtöffentlichen Sitzung der 2.4.2019 ist. Damit wäre es angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit erforderlich, über eine kurzfristige Folgesitzung zu beschließen.

Es wird der Beschluss gefasst, die Folgesitzung am Montag, dem 1.4.2019 um 18.30 Uhr im Beratungszimmer des Alten Rathauses durchzuführen. Es ist 23.16 Uhr und die Vorsitzende schließt die Sitzung.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Folgesitzung:

Herr Zänker mahnt einen wertschätzenden Umgang mit einander an. Ausgangspunkt für seine Anmerkung war der letzte Ausschuss für Stadtentwicklung.

Herr Henkel fragt nach den Bodenrichtwerten in der Neue Gartenstraße. Herr Tschepe berichtet, dass die sich nicht gesunken sind.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende schließt die Sitzung. Die Niederschrift umfasst 10 Seiten.

Monika Fiedler

Franka Koch

Vorsitzende

Schriftführerin